

monitor



Proteste gegen Neonazikonzert in Finowfurt am 18. Mai 2013 (c) Apabiz

Am Erfolg erstickt

Protesten gegen Neonazikonzerte in Finowfurt (Brandenburg) mangelt es nicht an Zuspruch, sondern an Konzepten

Das Ziel ist zum Greifen nah: Hunderte Antifaschist_innen, Medien, Verwaltung und sogar die Polizei sind sich einig, einem Veranstaltungsort für Neonazievents im Brandenburgischen Finowfurt endlich den Stecker zu ziehen. Doch der Gegner ist zäh, Lippenbekenntnisse sind zu wenig und auch das Konzept der friedlichen Menschenblockaden stößt an seine Grenzen. Eine Bestandsaufnahme.

Ein schmaler Waldweg führt auf das Privatgrundstück der FAMILIE MANN in Finowfurt, einem Ortsteil der Gemeinde Schorfheide, 50km nördlich von Berlin. Umzäunt von Stacheldraht liegt das mehrere tausend Quadratmeter große Gelände abseits vom Ortskern, getrennt durch die Autobahn nach Mecklenburg-Vorpommern. Luftfahrtmuseum, Schiffshebewerk und insbesondere die Natur aus Wald, Fluss- und Seenlandschaft locken Tourist_innen in die Region. Dass seit sechs Jahren mehrmals im Jahr Neonazifeste und Konzerte stattfinden, wurde lange Zeit beschwiegen, denn die Aufmerksamkeit für die Neonazis könnte am Image kratzen. Bis 2013. In diesem Jahr veränderte sich die Wahrnehmung in der Gemeinde Schorfheide. Erstmal schlossen sich Gemeindevertreter_innen, Bürgermeister und Verwaltung den von Anfang an stattfindenden antifaschistischen Protesten gegen das Gelände an. Mit dem Wegfall anderer Veranstaltungsorte ist das Grundstück zum Veranstaltungsort Nummer eins in Brandenburg geworden. Regelmäßig spielen Bands aus Ostdeutschland. Durch Konzerte mit Szenegrößen wie »SLEIPNIR« mit 400 bis 700 Neonazis hat das Gelände darüber hinaus eine bundesweite Ausstrahlung.

Angefangen hatten die neonazistischen Events 2007, als FAMILIE MANN nach der Zwangsversteigerung ihres vorigen Grundstückes aus Seefeld (bei Berlin) nach Finowfurt zog. Von den ersten Konzerten mit Bands wie LEGION OF THOR aus Berlin nahm die Öffentlichkeit kaum Notiz, obwohl auch damals schon die Polizei eingriff und Konzerte wegen neonazistischer Lieder oder verbotener Symbole und Gesten vorzeitig auflöste. Erst 2008, nach einem Anti-Nazi-Konzert der Popband »Sportfreunde Stiller« ging ein Grummeln durch die Gemeinde. Doch der Grund war weniger die spontane Neonazidemonstration gegen das antifaschistische Konzert oder die mehreren Hundert Neonazis, die auf dem Gelände feierten. Die Gemeinde, allen voran der Bürgermeister und das Mobile Beratungsteam (MBT), sahen das Problem eher in antifaschistischen Protesten und der damit einhergehenden medialen Aufmerksamkeit. In ihren Augen seien »die Aktionen der regionalen und der Berliner Antifa gegen Familie M. und deren Aktivitäten unerträglich«, hieß es in einem Buchbeitrag des MBT zu ihrem 20jährigen Jubiläum. Hinweise auf das braune Treiben passten nicht zum Postkartenimage der schönen Landschaften.

Inhalt

- 1 Am Erfolg erstickt
Protesten in Finowfurt mangelt es an Konzepten
- 3 Lückenhafte Aufklärung
NSU-Untersuchungsausschuss konnte zentrale Fragen nicht beantworten
- 5 Neue alte Herausforderungen
»Bürgerinitiativen« agitieren gegen Flüchtlingsheime
- 6 Buchrezension
Warum die NPD keinen Erfolg haben kann
- 7 Kurzmeldungen
- 8 Neu im Archiv

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

fon | fax: 0 30 . 6 11 62 49

mail@apabiz.de
www.apabiz.de

konto-nummer: 332 08 00
blz: 100 205 00
bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich, aber fördermitglieder bekommen ihn zugeschickt. mehr infos dazu gibt es auf der rückseite.

monitor - rundbrief des apabiz e.v. | v.i.s.d.p.: apabiz e.v., c.schulze, lausitzer str. 10, 10999 berlin | dank an unsere fördermitglieder, die mit ihrem beitrag die finanzierung unterstützen | erscheinungsweise: alle zwei monate fotos: alle rechte liegen bei den fotograf_innen



Was hatte sich 2013 verändert?

Im Frühjahr fand sich das Bündnis »Finowfurt Nazifrei« zusammen, um mittels Blockaden ein neuerliches Neonazikonzert am 18. Mai 2013 zu be- oder sogar zu verhindern und fand schnell Unterstützung durch Parteien, Gewerkschaften, Vereine und Initiativen. Das Konzert mit 1.500 angemeldeten Personen sollte alle vorherigen Dimensionen übersteigen. Die Szenebands SLEIPNIR und LEGION OF THOR hatten gerade neue Alben veröffentlicht und spielten neben einem Dutzend weiterer Neonazibands aus Ostdeutschland. Außerdem wurde gemutmaßt, das neonazistische »Benefizkonzert« sei ein Benefiz für den inhaftierten mutmaßlichen NSU-Unterstützer RALF WOHLLEBEN. Letzteres, so lässt sich vermuten, war ein Grund für den enormen Zuspruch der Protestaktionen des Bündnisses »Finowfurt Nazifrei«. Denn auch in Brandenburg will seit dem Bekanntwerden der Morde des NSU niemand des Wegsehens beschuldigt werden. Auch die Medien berichteten umfangreich über das Event und die Proteste. Der politische Druck stieg und Polizei und Verwaltung sahen sich veranlasst, diesem Konzert und Weiteren Einhalt zu gebieten. Lautstärkebegrenzungen und eine maximale Veranstaltungsdauer bis 22 Uhr gehörten zu den Auflagen der Gemeinde. Das jahrelange Bemühen lokaler Antifaschist_innen sollte nun endlich Früchte tragen.

Alle Zeichen stehen auf Erfolg?

Nun, wo der Erfolg zum Greifen nahe zu sein scheint, wollen alle die Lorbeeren ernten. Und so geben sich bei Protestaktionen die Politiker_innen die Klinke in die Hand und nutzen die mediale Aufmerksamkeit für den Wahlkampf. Die Medien überschlagen sich mit positiven Meldungen und erwecken den Eindruck: Die ganze Region sei gegen die Neonazis. Eine breite Mobilisierung ermöglichte erstmals eine Blockade der Zufahrtswege zum Gelände. Die Ostseite der Autobahn war durch mehrere hundert Menschen versperrt, die

Neonazis mussten Umwege und Wartezeit in Kauf nehmen. In den Pressemeldungen hieß es im Nachgang über 1000 bis 1200 Blockierende seien auf der Straße gewesen. Dabei lag die eigentliche Zahl um einiges geringer und nicht alle Protestbeteiligten waren Blockadebefürworter_innen. Der Eindruck aber blieb: Antifaschist_innen, Politik, Verwaltung und sogar Polizei arbeiten Hand in Hand.

Der X-Faktor

Obwohl nun, nach Jahren Anlauf, endlich alle Beteiligten das Neonazitreiben beenden wollen, wird das Gelände nach wie vor genutzt. Das Blockadekonzept, das seit dem Jahr 2010 auch in Brandenburger Kleinstädten Erfolg hat, stößt an seine Grenzen. Blockaden wollen die Ausstrahlungskraft von rechten Demonstrationen nehmen und funktionieren nach der simplen Annahme: Um Öffentlichkeit zu erreichen bewegt sich eine Demonstration auf einer Strecke X von Start A zu Ziel B. Eine Blockade will dies verhindern, indem Strecke X durch Menschen, teilweise mit Zuhilfenahme von Gegenständen, versperrt ist. Die Herausforderung besteht in der Regel darin, an Polizeiabsperrungen vorbei zu kommen, auf die Strecke zu gelangen und genug Menschen zu mobilisieren, um die Strecke lang genug zu blockieren. In Finowfurt, glaubt man zumindest den Berichten, scheint es an Zuspruch und blockadewilligen Menschen nicht zu mangeln und auch die Polizei hilft. Dennoch fehlt ein entscheidender Faktor, der die Aktivist_innen zur Ratlosigkeit treibt: Es fehlt an Strecke X.

Es fehlt an Konzepten

Das Gelände der Manns will ein subkultureller Rückzugsraum sein. Ein klassischer Freiraum, der auch ohne Außenwirkung auskommt. Es bedarf weder einer lokalen Verankerung, noch müssen Themen besetzt oder bedient werden. Wie soll gegen ein solches privates Grundstück vorgegangen werden? Zwar gab es immer wieder erfolgreiche Initiativen, um die Etablierung solcher Orte zu ver-

hindern, doch blieben diese konzeptlos.

Zwei Beispiele aus Brandenburg

In Rauen konnte der Kauf einer Immobilie rückgängig gemacht werden: Nachdem Neonazis schon einige Monate auf dem Gut Johannesberg agierten, stornierte der Alt-Eigentümer den Kaufvertrag. Er entzog dem von ihm beauftragten Makler die Vollmacht und fand einen neuen Käufer, der das Gelände räumen ließ. Ein ehemaliges Flüchtlingsheim in Biesenthal steht zwar bis heute Neonazis zur Verfügung, jedoch nur sehr eingeschränkt: Durch Auflagen der Baubehörde und dem Grünflächenamt können das Gelände und die drauf befindlichen Gebäude nicht für größere Veranstaltungen genutzt werden.

In Finowfurt probiert man es auf zwei Wegen gegen das Neonazigelände vorzugehen: Der eine ist der aktivistische: Zwar lässt sich ein Gelände nicht wegblockieren, aber die Zufahrtswege für die anreisenden Neonazis. Der andere ist der behördliche: Baubehörde, Arbeitsamt, Finanzamt und Ordnungsamt prüfen, ob rechtliche Schritte gegen FAMILIE MANN einzuleiten sind.

Ob mit dieser Doppelstrategie das Neonazigelände bald leerstehen wird, ist offen. Fest steht, dass es den Weg der Behörden überhaupt gibt, ist auf die kontinuierliche Arbeit der lokalen Aktivist_innen zurückzuführen. Die Beispiele aus Rauen und Biesenthal zeigen, dass die staatlichen Behörden, aber auch Privatpersonen und Unternehmen ihre Mittel nutzen können – sei es um Verträge zu kündigen, Anfragen abzulehnen oder Auflagen zu verhängen. Möglichkeiten gibt es viele. Sich jedoch jetzt auf einer staatlichen Lösung auszurufen, wäre nicht nur bequem, sondern unsolidarisch: Die Blockaden des Bündnisses »Finowfurt Nazifrei« haben den Stein gegen Widerstände ins Rollen gebracht. Der Druck auf die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung darf nun nicht abebben. Sonst bleibt das Versprechen der Gemeinde, dem Gelände durch rechtliche Mittel den Stecker zu ziehen,



KLAUS MANN und seine Frau SYBILLE bilden den Vorstand des Brandenburger Landesverbands der Partei »DIE RECHTE« und waren zuvor für die DVU aktiv. Sie stellen ihr Grundstücke anderen Neonazis und Parteien zur Verfügung. KLAUS MANN gilt daher als eine Schlüsselfigur in der Brandenburger Neonaziszene, mit guten Kontakten in die neonazistischen Parteien und Kameradschaften ebenso in die Musik- und Rockerszene. Nach einer Auflistung der Antifaschistischen Aktion Bernau fanden in den letzten sechs Jahren über 20 Veranstaltungen bei MANNs statt.



ein Lippenbekenntnis und die bisherigen Erfolge verpuffen.

Dran bleiben

Brandenburg kann auf viele Blockadeerfolge im letzten Jahr zurückblicken, die Aktivist_innen sind ermüdet. Anders als in großen Städten wie Berlin oder Dresden können Blockadebündnisse in Kleinstädten oder gar kleinen Orten wie Finowfurt nicht auf eine Vielzahl von Aktivist_innen zurückgreifen. Oft sind es nur wenige Einzelpersonen,

die sich kontinuierlich gegen Neonazis engagieren. Eine enorme Herausforderung, hält man die Bedeutung des Geländes für die Neonaziszene dagegen. Neue Ideen und Konzepte sind nötig. Und die Unterstützung aus anderen Orten und Städten darf nicht abbrechen.

Die Devise heißt also »Dran bleiben«, denn der Druck zeigt Wirkung: In den letzten drei Jahren lockte der sogenannte PREUSSENTAG der Brandenburger NPD 500 bis 600 Neonazis

nach Finowfurt. Eine Anmeldung für den 12. Oktober wurde nun zurückgezogen. Auf Grund interner Streitigkeiten zwischen MANNs und der NPD, wie es heißt. Auch die Band KATEGORIE C-HUNGRIGE WÖLFE aus Bremen, die erst im August, dann Ende September in Finowfurt spielen wollte, hat sich einen neuen Veranstaltungsort gesucht, um dort ungestört von Protesten und Polizei aufzutreten.

Svenna Berger

Lückenhafte Aufklärung

NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages konnte zentrale Fragen nicht beantworten

Mit dem Ende der Legislaturperiode hat am 22. August 2013 auch der NSU-Untersuchungsausschuss im Bundestag seinen Abschlussbericht vorgelegt und die Arbeit für beendet erklärt. Ob es eine Fortsetzung dieses Ausschusses gibt, scheint derzeit unwahrscheinlich. In der Öffentlichkeit wurde die Arbeit des Gremiums hoch gelobt: Von einer erfolgreichen Zusammenarbeit quer durch alle Parteien ist die Rede, von einer großen Einigkeit.

Gemessen am Auftrag – weniger an den eigenen nüchternen Erwartungen – muss unsere Bilanz allerdings negativ ausfallen: von einer Aufarbeitung oder gar lückenlosen Aufklärung der NSU-Mordserie kann keine Rede sein. Die zentralen Fragen¹ sind weiterhin völlig ungeklärt. Schwerwiegende Zweifel an der Darstellung der Behörden, es habe kein Verschweigen, keine Vertuschung und keine direkte oder indirekte Unterstützung gegeben, konnte der Untersuchungsausschuss (UA) nicht überzeugend ausräumen. Wenngleich von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt die Generalbundesanwaltschaft (GBA) ein weiteres Ermittlungsverfahren wegen »Unterstützung einer terroristischen Vereinigung« führt, gelten für die GBA und einen Großteil der Öffentlichkeit die Taten des NSU als »ausermittelt«².

Keine Anhaltspunkte für die große Verschwörung gefunden

Detailliert werden auf den 1400 Seiten des Abschlussberichtes die Koordinationsmängel, die Fehler, die Unterlassungen, die falschen Ermittlungsansätze seziert und als »massives Behördenversagen« (Edathy) kritisiert. Das ist ein hartes Urteil und



Es bleibt fraglich. Im Abschlussbericht des Bundestagsuntersuchungsausschusses zum NSU wurde institutioneller Rassismus verschwiegen. (c) Apabiz

die Akribie des Berichtes ist bemerkenswert.

Stehen bleibt allerdings auch, dass sich hohe politische Verantwortliche freigesprochen fühlen können, so betonte Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) am 22.8.2013 vor der Presse: »Der Bericht bestätigt ausdrücklich, dass deutsche Sicherheitsbehörden die Mordserie des NSU nicht gedeckt haben oder gar in diese verwickelt waren.« Denn als Ergebnis hält der UA fest, dass »sich keinerlei

Anhaltspunkte dafür ergeben haben, dass irgendeine Behörde an den Straftaten« des NSU »in irgendeiner Art und Weise beteiligt war, diese unterstützte oder billigte.« Auch gäbe es keine Anhaltspunkte dafür, »dass vor dem 4. November 2011 irgendeine Behörde Kenntnis gehabt hätte« vom NSU oder seinen Taten oder ihn dabei »unterstützt hätte, sich dem Zugriff der Ermittlungsbehörden zu entziehen.« Besonders geprüft wurde auch der Verdacht, BÖHNHARDT, MUNDLOS oder ZSCHÄPE oder

¹ Z.B. wer der NSU und sein Netzwerk wirklich war, wie und warum Enver Şimşek, Abdurrahim Özudođru, Süleyman Taşköprü, Habi Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık und Halit Yozgat als Opfer ausgewählt wurden, was das Motiv für den (vollzogenen und versuchten) »Polizistenmord« gegen Michèle Kiesewetter und Martin A. war, warum Akten nach dem Auffliegen des NSU geschreddert wurden .

² Dem widerspricht auch die FDP, weswegen sie sich für eine Fortsetzung des UA stark macht. S. 906



einer der vier anderen Angeklagten vor dem OLG München könne eine V-Person gewesen sein – auch dafür habe man keine Anhaltspunkte finden können (S. 832 ff).

Hier folgt der Ausschuss allerdings der Anklage der GBA und ist dementsprechend nicht »offen«: Den NSU auf drei Personen zu reduzieren plus vier (mutmaßliche) Helfer ist erklärte Maßgabe der Staatsanwaltschaft und orientiert sich an den praktischen Möglichkeiten des Strafprozesses und sicherlich auch den politischen Erwägungen, den Fall NSU nach dem Prozess ad acta legen zu können. Folgt man aber einer ausgedehnteren Definition des NSU als Netzwerk, dann ergeben sich ganz neue »Anhaltspunkte« für die Mitwisserschaft und Mitschuld einzelner Ämter.

Wertvolle Einblicke

Zu behaupten, der Versuch einer staatlichen Aufklärung sei ohne Ergebnis geblieben, wäre falsch. So weit wie nie zuvor mussten die sogenannten Sicherheitsbehörden Einblick in ihre Arbeitsweise zum Thema Rechtsterrorismus und Neonazismus geben. Dabei zeigte sich, dass das Wissen der Ämter nicht nur mangelhaft war und ist, sondern auch allzu oft von wenigen V-Leuten abhängt.

Auch dies kritisiert der Bericht deutlich, aber ob dadurch genug Druck entsteht, das Dogma des Quellenschutzes in der behördeneigenen Logik der Geheimdienste überhaupt nur anzukratzen geschweige denn verbindliche Richtlinien in den Ämtern durchzusetzen, ist noch ungewiss. Im sehr lesenswerten Bericht der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TG) wird dieses V-Leute-System als »rechtsfreier Ausnahmezustand« analysiert und die jetzigen Umstrukturierungen der Ämter scharf kritisiert. Man wolle »eine 'Sicherheitsarchitektur' schaffen, die den Verfassungsschutz mit seinem 'heiligen' Kern sakrosankt macht: Der zentralen Stellung des Bundesamtes und der de facto Unantastbarkeit der V-Leute.« (TG: 64) Konsequenterweise fordern sowohl die Türkische Gemeinde als auch die LINKE (981

ff), den VS abzuschaffen, die Grünen wollen immerhin ein Moratorium zur generellen Abschaltung der V-Leute (1035 ff).

Rassistisch sind nur Nazis?

Ein Thema zieht sich durch sämtliche Ermittlungen der Mordserie des NSU und den Blick der Behörden auf die rechte Szene – und dessen explizite Benennung fehlt dennoch komplett im Abschlussbericht: der institutionelle Rassismus. Der rote Faden, der sich durch sämtliche Ermittlungen zog, die Klammer, die verband, dass die Behörden mit einer Vehemenz und oft auch mit einer bedenklichen Skrupellosigkeit gegen das Umfeld der Opfer ermittelten und jeden Hinweis auf rassistisch oder neonazistische Taten bei Seite schoben, diese Klammer wird im gemeinsamen Teil des Berichtes nicht beim Namen genannt. Rassismus als Problem kommt im gelobten Papier nur dort vor, wo es um Neonazis oder um Empfehlungen für die Zukunft geht.

In den Sondervoten der einzelnen Fraktionen gibt es allerdings abgestuft Analysen oder Umschreibungen zu dem, was im NSU-Komplex als institutioneller Rassismus bezeichnet werden müsste, das Wort wird gemieden. Allein die LINKE benennt den institutionellen Rassismus ausführlich und explizit.

Mehr Aufklären und mehr Einmischen

In einer gemeinsamen Erklärung am Tag der Veröffentlichung des Abschlussberichtes sprechen Nebenklage-Anwält_innen³ von dem systematischen Versagen der Ermittlungsbehörden, das auf institutionellem Rassismus beruhe. Die Morde hätten verhindert werden können, so die bittere Erkenntnis. Institutioneller Rassismus ist also mehr als die Summe von vorurteilsgeleiteten Handlungen (oder Unterlassungen) von Beamten_innen. Neben rassistischen Praktiken wie Racial Profiling folgen die Ermittlungsbehörden einer inneren Logik, sie tradieren Normen und Werte, deren rassistische Konsequenzen sich auch in den Ermittlungen im Fall NSU wiederfinden, so die Nebenklage-Anwält_innen.

Mit dem Abschluss des Bundesuntersuchungsausschusses ist ein Teil der staatlichen Aufklärung beendet. Welche der vorgeschlagenen Konsequenzen wirklich in die Realität umgesetzt werden, bleibt den politischen Konstellationen der nächsten Jahre vorbehalten, doch tiefgreifende wie die Abschaffung der Verfassungsschutzämter oder zumindest des V-Leute-Systems sind nicht zu erwarten.

In den Unterschieden zwischen gemeinsamer Bewertung und den Sondervoten der Parteien kommt die Crux eines jeden parlamentarischen Kontrollgremiums zum Vorschein: Welche Partei war nicht irgendwo in einer parlamentarischen Kontrollkommission, die irgendwann eine fatale V-Mann-Praxis abgenickt hat? Welche Partei hatte keine_n hochrangigen Politiker_in in all den Jahren, der oder die irgendwann zum »Schutz der BRD« oder »um keine Unruhe zu stiften« sich vor die eigene Behörde gestellt hat und wider besseren Wissens behauptet hat »ein rechtsextremes Motiv kann ausgeschlossen werden«? Die lückenlose Aufklärung endet dort, wo parteipolitische Interessen zu stark gefährdet sind, erst recht kurz vor einer Bundestagswahl.

Eine wirkliche Aufarbeitung kann nur funktionieren, wenn weitere Teile der Gesellschaft sich nicht mehr allein darauf verlassen, dass ein Ausschuss oder ein Strafprozess die Aufarbeitung und die Aufklärung über das Netzwerk NSU sowie über den Rassismus in Behörden, Medien und Gesellschaft leisten kann – selbst wenn er wollte.

Eike Sanders & Felix Hansen

Dieser Artikel ist eine gekürzte Fassung aus der lotta – Antifaschistische Zeitung aus NRW Nr. 52.

3 vgl. http://www.nsu-watch.info/2013/08/der-fehler-liegt-im-system-pm-von-anwalt_innen-der-nebenklage



Neue alte Herausforderungen

Rassistische »Bürgerinitiativen« agitieren gegen Flüchtlingsheime

Die Situation um die Notunterkunft für Geflüchtete im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf beschäftigt seit etlichen Wochen auch überregional Politik, Medien und Zivilgesellschaft. Doch Hellersdorf ist kein Einzelfall, sondern allenfalls herausragendes Negativbeispiel und Kristallisationspunkt einer rassistisch aufgeladenen Debatte. Langer Atem ist gefragt. Denn die Notwendigkeit von antirassistischem und antifaschistischem Engagement in Stadtteilen und Kommunen wird immer wieder überdeutlich.

Ähnlich der BÜRGERINITIATIVE MARZAHN-HELLERSDORF formierten sich auch in anderen Städten wie etwa Rackwitz (Sachsen) Bürgerinitiativen gegen die Einrichtung von Unterkünften für Geflüchtete. Es werden rassistische Ressentiments bedient und Ängste geschürt vor einer angeblichen Gefahr durch »Müll, Drogenhandel, Zwangsprostitution und schwerste Gewaltausbrüche«. ¹ Nicht überall sind Einflussnahmen durch extreme Rechte so offenkundig wie in Hellersdorf. ² Die rassistische Wortwahl unterscheidet sich allerdings oft nur in Nuancen von der NPD oder PRO DEUTSCHLAND, die beide im Bundestagswahlkampf auf dieses Thema setzten. Gerade die NPD provoziert immer wieder in der Nähe von Unterkünften für Geflüchtete. ³ Zwar erhalten die Aktionen nur selten Zulauf durch Anwohner_innen. Dass die menschenverachtende Politik jedoch erschreckend viel Zuspruch erfährt, zeigte sich etwa im Juli in Hellersdorf und Ende August im sächsischen Rackwitz, als mehrere Hundert aufgebrachte Bürger_innen offizielle Informationsveranstaltungen mit aggressiver rassistischer Stimmung dominierten. ⁴ Beim Bezug der Unterkunft in Hellersdorf riefen und gestikulierten Anwohner_innen explizite Anfeindungen. ⁵ Immer wieder berichten Unterstützer_innen der Geflüchteten von nächtlichen Patrouillenfahrten und Drohgebärden bis hin zu konkreten teils körperlichen Angriffen durch Neonazis. ⁶ Der Berliner NPD-Vorsitzende SEBASTIAN SCHMIDTKE rief gar zur Bildung einer »Anti-Gewalt-Bürgerwehr« auf. ⁷

Es geht auch anders!

Solche Szenarien spielen sich vor allem dort ab, wo es an antirassistischer und antifaschistischer Kultur und Politik mangelt. Dass es auch anders gehen kann, zeigt ein Beispiel



Rassistische Bürger_innen dominierten eine Informationsveranstaltung am 9. Juli 2013 in Berlin-Hellersdorf | (@) Christian Ditsch / versionfoto

aus Berlin-Neukölln. Auch dort wurde kürzlich die Einrichtung einer Notunterkunft angekündigt. Ein bereits bestehendes lokales »Bündnis gegen Rechts« aus Anwohner_innen und anderen antirassistisch und antifaschistisch Engagierten nahm sich umgehend des Themas an, um schon im Ansatz einer Entwicklung wie in Hellersdorf entgegenzuwirken. Bei einer vom Bündnis organisierten öffentlichen Veranstaltung mit mehreren Hundert Menschen wurde nicht nur friedlich über die Einrichtung informiert und diskutiert, sondern auch die deutsche Asyl- und Flüchtlingspolitik kritisiert. Der überwiegende Teil der Anwesenden bekundete Offenheit und Unterstützungsbereitschaft gegenüber den Geflüchteten. Beschämend war der Versuch von Neuköllns Bürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD), das positive Engagement im Vorfeld als Inszenierung für »eine politische Auseinandersetzung mit der NPD, mit Neonazis« zu diskreditieren. ⁸

Rassistische Stichwortgeber_innen benennen

Vertreter_innen von unter Anderem Pro Asyl, der evangelischen Kirche und der Amadeu Antonio Stiftung kritisierten vor Kurzem in

einem viel beachteten Statement ⁹ Politiker wie Buschkowsky und Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU): »Die Täterinnen und Täter dürfen nicht durch populistische Äußerungen in der politischen Mitte ermutigt werden. Wir sind besorgt darüber, dass verantwortliche Politiker Flüchtlinge als »nicht anpassungsfähig« abwerten, die Notwendigkeit eines Krisengipfels oder eine »Grenze der Belastbarkeit« behaupten und die Flüchtlingszahlen in Deutschland als »alarmierend« bezeichnen.«

Neben solch notwendigen Kritiken, wird es auf lange Sicht für die antirassistische und antifaschistische Bewegung wesentlich bleiben, rassistischen Kampagnen sofort und unmissverständlich entgegen zu treten und die Öffentlichkeit immer wieder aufs Neue für die Gewährung der demokratischen Grundrechte auch und gerade für Geflüchtete zu gewinnen. Dazu ist es notwendig, nicht nur anlassbezogen sondern dauerhaft und nachhaltig das Thema Flüchtlingspolitik aus antirassistischer Perspektive zu besetzen, um die rassistische Hegemonie in den Kommunen zurückzudrängen. Den Rassist_innen muss klar werden: sie kriegen die Geflüchteten nicht weg.

Frank Metzger

1

Vgl. Flugblatt der BÜRGERINITIATIVE MARZAHN-HELLERSDORF von Juli 2013

2

Presserechtlich verantwortlich für die BÜRGERINITIATIVE MARZAHN-HELLERSDORF ist der ehemalige NPD-Kandidat THOMAS CRULL. Mittlerweile gibt es unter dem Namen BÜRGERINITIATIVE FÜR EIN LEBENSWEERTES MARZAHN-HELLERSDORF E.V. eine zweite Initiative. Diese versucht sich wenig glaubwürdig von Neonazis und der anderen Bürgerinitiative zu distanzieren (siehe www.infoportalhellersdorf.blogspot.de/2013/09/15/dossier-buergerinitiative-fuer-ein-lebenswertes-marzahn-hellersdorf-e-v).

3

Vgl. dazu »Flüchtlingsproteste im Visier« von Ulli Jentsch in monitor Nr. 57 von Dezember 2012.

4

Vgl. Ramelsberger, Annette: Zum Beispiel Rackwitz Wachsender Hass auf Flüchtlinge alarmiert evangelische Bischöfe (vom 13. September 2013); in: <http://www.sueddeutsche.de/R5538c/1530923/Zum-Beispiel-Rackwitz.html> [letzter Zugriff: 17. September 2013]

5

Vgl. <http://www.blog.schattenbericht.de/2013/08/erneuter-buergermob-in-hellersdorf/> [letzter Zugriff: 17. September 2013]

6

Vgl. <http://www.blog.schattenbericht.de/2013/09/npd-eskaliert-in-berlin-hellersdorf-weiter> [letzter Zugriff: 17. September 2013]

7

Vgl. <http://www.infoportalhellersdorf.blogspot.de/2013/08/29jeden-tag-ein-angriff-nazis-an-der-neuen-unterkunft> [letzter Zugriff: 17. September 2013]

8

Vgl. <http://www.rbb-online.de/politik/thema/streit-um-fluechtlingsheime/beitraege/interview-buschkowsky.html> [letzter Zugriff: 17. September 2013]

9

Siehe den Appell »Rassistischen Kampagnen gegen Flüchtlinge und Asylsuchende entgegen treten!« unter <http://www.bagkr.de/aktuell/dringender-appell-fluechtlinge/>

Rezension

Innere Struktur der NPD verhindert eigenen Erfolg

Während Parteien des extrem rechten Spektrums in vielen Ländern Europas Wahlerfolge feiern, scheint diese Entwicklung vor der BRD Halt zu machen. Parteien rechts der Union gelang der Sprung in den Bundestag bisher nicht. Warum dies im Fall der NPD so ist, will die Arbeit »Warum die NPD

keinen Erfolg haben kann: Organisation, Programm und Kommunikation einer rechtsextremen Partei« von Robert Ackermann klären. Dies erfolgt mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse ihres Bundesprogramms, eines Leitfadens für ihre Abgeordneten sowie Interviews mit Parteifunktionären wie UDO

Rahmenbedingungen sowie Aspekte zur Organisation, Programmatik und Kommunikation einer Partei. Nach Darlegung der Bedingungen in der BRD widmet er sich dem Angebot der NPD. Dem Fazit folgt ein umfangreicher Anhang inklusive der von ihm geführten Interviews.

Um dem Gewirr der Begriffe zu entgehen, greift Ackermann Piero Ignazis Unterscheidung von »alten« und »neuen« Rechtsaußenparteien auf, die er analog zu den Begriffen »rechtsextrem« und »rechtspopulistisch« verwendet. Dabei distanziert er sich zaghaft von der Extremismusforschung, wobei jedoch viele Bezüge auf die Politologen UWE BACKES und ECKHARD JESSE verweisen. Zwar bietet Ackermann einen Überblick zu verschiedenen Erklärungsansätzen extrem rechter Wahlerfolge, die Entwicklung eines eigenen konkreten Standpunktes bleibt jedoch aus. Oft bleibt es nur beim Verweis auf Umfang und Widersprüchlichkeit der Forschung. Diese Ansätze spielen für die Beschreibung der Nachfrageseite auch nur in Hinblick auf Ostdeutschland eine etwas konkretere Rolle. Umfassender wird die Angebotsseite behandelt. Die Aspekte zur Organisation, Programmatik und Kommunikation der NPD werden anhand der Interviews dargelegt und durch Sekundärliteratur, Einschätzungen von Staud und die kritischen Ausführungen des ehemaligen NPDlers ANDREAS MOLAU »geprüft«.

Der Autor kommt zu dem Schluss, dass es der NPD »auf breiter Front an organisatorischen, programmatischen und kommunikativen Konzepten [mangelt]«, um ihr Potenzial zu nutzen. Ihr würden eine starke Führungsfigur ebenso fehlen wie gesunde Finanzen und Geschlossenheit. Ihre

Fixierung auf den historischen Nationalsozialismus, antisemitische Äußerungen und offene Systemfeindschaft würden Wähler_innen abschrecken, wobei ihre Führungskader keine Notwendigkeit sehen würden, dies zu ändern.

Ackermanns Einschätzungen ist weitgehend zuzustimmen, doch dürfte es fraglich sein, Erfolg und Entwicklung einer Partei allein in Hinblick auf ihre Führungskader einzuschätzen. Besonders die Kultur und Performance der gesamten Partei und ihres Umfeldes v.a. in Wahlkämpfen und in ihren Hochburgen müsste dazu umfassender dargestellt werden. Lohnenswert wäre auch ein Blick darauf gewesen, wie viele potenzielle Wähler_innen sie durch Nicht-Wahl sowie die Bindungskraft der Rechtsaußen der Union verliert. Mit Blick auf die Erfolge der ungarischen JOBBIK oder griechischen CHRYSI AVGI darf auch bezweifelt werden, dass ein faschistischer Habitus ein dauerhaftes Hindernis darstellt. In Thüringen und Sachsen-Anhalt verfehlte die NPD die 5%-Hürde 2010 bzw. 2011 nur knapp. In Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern gelang ihr der Wiedereinzug.

Eine Besprechung des Buches nahm auch das NPD-Organ DEUTSCHE STIMME vor. Polemisch brandmarkt STEFAN LUX den »linksextremistischen Journalistenjargon«, die »psychologische Kriegsführung« und die Diffamierung von NationalistInnen durch das vermeintlich »pseudowissenschaftliche Machwerk«.

Martin Ling

Ackermann, Robert: Warum die NPD keinen Erfolg haben kann: Organisation, Programm und Kommunikation einer rechtsextremen Partei, Budrich UniPress, Opladen, Berlin & Toronto 2012.



VOIGT, UDO PASTÖRS und HOLGER APFEL sowie dem Journalisten Toralf Staud.

Belegen will der Autor, dass die NPD aufgrund interner Faktoren nicht in der Lage ist, das Potential für Rechtsaußenparteien abzuschöpfen. Strukturell-ideologische Elemente würden ihren Wandel zu einer rechtspopulistischen Partei versperren. Den theoretischen Bezugsrahmen bildet ein Modell von Nachfrage, Gelegenheitsstrukturen und Angebot, um (Miss-)Erfolge von Rechtsaußenparteien bei Wahlen »möglichst ganzheitlich« zu erklären. Hierzu skizziert er verschiedene Erklärungsansätze zur Nachfrage, institutionelle, politische, kulturelle und situative



Kurzmeldungen

Chemtrail-Gläubige marschierten

Berlin • Am 25. August demonstrieren rund 250 Menschen beim »Marsch gegen Chemtrails und Geoengineering« vom Berliner Alexanderplatz zum Bundestag. Am Rande versammelten sich einige Dutzend Menschen und machten sich über die kruden Verschwörungsthesen auf der Versammlung lautstark lustig. »Chemtrails« sind in den Augen von Verschwörungsgläubigen angebliche Giftstoffe, die auf Befehl von geheimen Mächten oder Regierungen mit Flugzeugen versprüht würden, um wahlweise das Wetter zu beeinflussen oder um die Bevölkerung zu kontrollieren oder gar zu ermorden. Unwissende würden die Chemtrails für harmlose Kondensstreifen am Himmel halten. Am Auftaktort in Berlin sprach unter anderem der Oldenburger Anti-Chemtrails-Aktivist WERNER ALTNICKEL. Unter den Teilnehmer_innen befanden sich auch neonazistische REICHSBÜRGER, die einschlägige Flugblätter verteilten.

Demo gegen Kreuzberg

Berlin • »Für Fairness« und »gegen Gewalt« hat 25. August die ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND (AfD) in Berlin-Kreuzberg demonstriert. Etwa 120 Personen zogen – größtenteils schweigend und mit AfD-Plakaten in den Händen – vom Schlesischen zum Kottbusser Tor. Dort redeten unter anderem der Bezirks-Bundestagsdirektkandidat ANDREAS DAHL sowie SARI SALEH, Direktkandidat in Neukölln. Am Rande gab es kleinere Proteste von einigen Dutzend Linken. Die AfD beklagte, im Wahlkampf zahlreichen, auch körperlichen Angriffen ausgesetzt gewesen zu sein. Wenige Tage zuvor hatte es bei einer Wahlkundgebung in Bremen einen Zwischenfall gegeben, bei dem der AfD-Bundeschef BERND LUCKE geschubst worden war.

15 Jahre Opferperspektive

Potsdam • Die Brandenburger »Opferperspektive« hat im September in Potsdam ihren 15. Geburtstag gefeiert. Das Konzept der Beratungsstellen für Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt geht auf die als ehrenamtliches Projekt gestartete Initiative zurück. Mittlerweile gibt es in allen ostdeutschen und auch in einigen

westdeutschen Bundesländern ähnliche Beratungsstellen. Zum Jubiläum wurde eine Feier ausgerichtet, bei der auch ein neu erschienenes Buch vorgestellt wurde. Im Sammelband »Rassistische Diskriminierung und rechte Gewalt« reflektieren Opferperspektive-Mitarbeiter_innen und andere Expert_innen über die Erfahrungen aus den vergangenen 15 Jahren (Verlag: Westfälisches Dampfboot, 381 Seiten, 19,90 Euro). Mehr unter: www.opferperspektive.de.

Soli-CD für das apabiz erschienen

Berlin • Die Göttinger Band »Ego vs. Emo« hat soeben ihr erstes Album veröffentlicht. Dabei handelt es sich um eine Soli-CD für das apabiz. Die Band, die ihren Stil als »musikalische Fusion aus elektronischer Musik mit Live-Geige, Saxophon und Drums« beschreibt, lässt somit einen Teil der Verkaufserlöse unserer Arbeit zugute kommen. Das finden wir natürlich toll und bedanken uns sehr an dieser Stelle! Mehr Informationen zu »Ego vs. Emo« sind unter www.egovsemo.de zu finden. Die CD kann unter www.giwp-once.wix.com/egotoprec für 12 Euro inklusive Porto bestellt werden.

Berliner Landesverband von DIE RECHTE gegründet

Berlin • Am 15. September wurde der Berliner Landesverband von DIE RECHTE gegründet. In Anwesenheit des Parteigründers und Vorsitzenden CHRISTIAN WORCH wurde der bekannte Neonazi UWE DREISCH als Landesvorsitzender gewählt. Beisitzer_innen wurden unter anderem die ebenfalls bekannten Neonazis GESINE HENNRICH und DENNIS KITTLER. Neben einer »Ordnungsgruppe«, sollen angeblich auch eine eigene Frauengruppe und eine »Natur- und Tierschutzabteilung« eingerichtet werden. DREISCH und HENNRICH hatten sich vor einigen Jahren im Streit von der Berliner NPD abgewandt und waren maßgebliche Aktivist_innen der damals neu gegründeten und seit November 2009 verbotenen Kameradschaft FRONTBANN 24. Dennoch wundert die erneute Konkurrenz zur NPD, hatten DREISCH und HENNRICH sich in jüngster Zeit doch vermehrt wieder an NPD-Veranstaltungen beteiligt.



Griechischer Antifaschist von Neonazi ermordet

Keratsini (Griechenland) • In der Nacht zum 18. September überfielen mehrere Dutzend Neonazis den aktiven Antifaschisten und Hip-Hopper Pavlos Fyssas und seine Begleiter_innen in der griechischen Stadt Keratsini nahe Athen und Piräus. Ein Aktivist der neonazistischen Partei CHRYSI AVGI (GOLDENE MORGENRÖTE) stach Fyssas dabei mit einem Messer nieder. Fyssas starb kurz danach an seinen Verletzungen. Am nächsten Tag kam es in Piräus zu massiven Protesten von mehreren Tausend Menschen gegen CHRYSI AVGI und rechte Gewalt. Der Minister für Bürgerschutz, Nikos Den-dias, kündigte an, ein Verbot der Neonazi-Partei prüfen zu lassen.

Chemtrail-Gläubige auf dem Alexanderplatz
| (c) Apabiz

Das Info-Paket vom apabiz e.v.



Nicht nur für Vereine und Institutionen, sondern für alle, die in den Genuss des gesamten Service des apabiz e.v. kommen möchten, gibt es jetzt unser Info-Paket in den Größen S, M und L:

- je 3/10/20 Exemplare des *monitor* pro Ausgabe
- den ReferentInnen-Katalog inklusive Updates
- zwei Exemplare aller neuen Publikationen des apabiz e.v. (Broschüren, Handreichungen etc.)
- Sonderkonditionen bei Nachbestellungen und Recherche-Anfragen

gibt es für 70 Euro / 100 Euro / 130 Euro im Jahr!



Abonnieren...

... kann man den *monitor* nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.v. wird, der bzw. die bekommt ihn kostenlos zugeschickt!

Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

► Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

► Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

► Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem *apabiz e.v.* eine Einzugsermächtigung über monatlich _____ Euro (mind. 5 Euro).

► Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

- einen Dauerauftrag eingerichtet. einmalig _____ Euro überwiesen.

Kontonummer: _____

Bank und BLZ: _____

Name/Organisation: _____

Adresse: _____

e-mail: _____

Unterschrift: _____

Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspenden_innen erhalten diese 1x jährlich)

Neu im Archiv

eingegangen und ab sofort verfügbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.

- *Röpke, Andrea / Speit, Andreas: Blut und Ehre, Ch. Links Verlag, Berlin 2013.*

Die weitere Koproduktion der Journalist_innen Röpke und Speit setzt sich mit Geschichte und Gegenwart terroristischer Aktivitäten der extremen Rechten auseinander. Die acht Kapitel geben abwechselnd einen Überblick zum Terror von Rechts seit 1945 sowie zum NATIONALSOZIALISTISCHEN UNTERGRUND (NSU). Mit der Zeitreise von den Anschlägen auf Rudi Dutschke und das Oktoberfest, über das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen, bis zu den HAMMERSKINS oder den AUTONOMEN NATIONALISTEN verdeutlichen die Autor_innen wie unangebracht ein Erstaunen über rechtsextremen Terrorismus ist. Detailliert beschreiben die beiden Sachverständigen in NSU-Ausschüssen auch die Politisierung der NSU-Protagonisten bevor sie sich den einzelnen Anschlägen und dem Versagen des Sicherheitsapparates widmen. Das Nachwort »Sie taten alles, aber sie schauten nicht nach rechts« zieht nochmal die Bilanz dieser Fehlleistungen und fordert ein Umdenken bezüglich der Strafverfolgung, des Umgangs mit der NPD und v.a. in Hinblick auf den Umgang mit zivilgesellschaftlichem Engagement.

- *Bozay, Kemal; Rammerstorfer, Thomas; Schmidinger, Thomas; Schörkhuber, Christian (Hrsg.): Grauer Wolf im Schafspelz. Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft. Grünbach 2012,*

Das Buch widmet sich dem Thema der türkischen Faschisten/«GRAUE WÖLFE» in Deutschland und Österreich. Die ersten Kapitel erläutern die lange und komplexe Entstehungsgeschichte der faschistischen Bewegung in der Türkei. Im letzten Drittel des Buches werden die GRAUEN WÖLFE in Deutschland und Österreich behandelt. Leider weist dieser Teil einige Schwächen auf. So ist das Kapitel zu Deutschland zu knapp und veraltet, was etwa die Kontakte der GRAUEN WÖLFE zu deutschen Neonazis angeht. Besonders problematisch ist jedoch die mangelnde Differenzierung zwischen der deutschen/österreichischen Rechten und der türkischen Rechten. Die gesellschaftliche Situation von Letzteren ist nicht ohne den sie treffenden Rassismus der Mehrheitsgesellschaft zu verstehen. Auch wenn das Buch Mängel in der Analyse türkischer Faschisten in Deutschland/Österreich aufweist, bietet es eine gute Einführung in deren historischen Hintergrund.

- *Taş, Savaş: Der ethnische Dominanzanspruch des türkischen Nationalismus, Münster 2012.*

Die Veröffentlichung der Doktorarbeit von Savaş Taş ist ein wichtiger wissenschaftlicher Beitrag zur deutschsprachigen Auseinandersetzung mit der türkischen Rechten. Nach der fundierten historischen Hinführung und der theoretischen Vorbereitung der wissenschaftlichen Analyse legt das Buch den Schwerpunkt auf die Erarbeitung der ideologischen Elemente der nationalistischen Bewegung in der Türkei. Im Zentrum der Diskursanalyse steht der Zeitraum von 2006 bis 2009, in dem es durch die Verzögerung des EU-Beitritts, der Wiederaufnahme des Kampfes durch die PKK und den Ergenekon-Prozess zum erneuten Erstarken des türkischen Nationalismus kam. Die dabei auftretenden (teilweise neuen) Inhalte der Ideologie werden durch die Analyse zentraler Artikel der »atatürkistischstaatsnahen« *Hürriyet* und der nationalistischen MHP-nahen *ORTADO U* herausgearbeitet. Das empfehlenswerte Buch liefert ein weiteres Mal ein erschreckendes Zeugnis davon, wie wichtig Nationalismus und Rassismus im staatstragenden öffentlichen Diskurs der Türkei sind.

- *Wildt, Michael / Kreuztmüller, Christoph (Hrsg.): Berlin 1933-1945, Siedler, Berlin 2013.*

Es mag überraschen, dass es bisher keine Veröffentlichung gibt, die versucht, eine Geschichte Berlins als politisches und kulturelles Zentrum während des Nationalsozialismus zu schreiben. Betrachtet wurden in der Vergangenheit vor allem einzelne oder lokal sehr begrenzte Aspekte des Nationalsozialismus in Berlin. Der Sammelband »Berlin 1933-1945« bietet dagegen einer Reihe von Expert_innen Raum für ihre aktuellen Forschungsergebnisse und zeichnet damit ein eindrucksvolles Gesamtbild von Berlin im NS. Behandelt werden in 23 Beiträgen wirtschaftliche Themen gleichermaßen wie politische und kulturelle anhand von Betrachtungen beispielsweise über Zwangsarbeit oder den Bombenkrieg in der Stadt. Der wissenschaftliche Hintergrund der Autor_innen ist kein Hindernis für die Verständlichkeit. Und darüber hinaus lohnen sich die Beiträge gleichmaßen als Einstieg wie auch zur thematischen Vertiefung. Das empfehlenswerte Buch erschien parallel zur Berliner Landesausstellung zum 80. Jahrestag der »Machtergreifung« am 30. Januar 1933.